

| | |
|---------------------|---|
| Zeitschrift: | Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift |
| Herausgeber: | Sozialdemokratische Partei der Schweiz |
| Band: | 63 (1984) |
| Heft: | 9 |
| Artikel: | Balmberg-Tagung des solothurnischen Gewerkschaftskartells : die Demokratie ist unser Ziel |
| Autor: | Stich, Otto |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-340148 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die vier genannten Dimensionen weisen auf eine *immer breitere Legitimationsbasis des Widerstandes*. Man darf vom Standpunkt des Demokraten sagen: Je weiter sich ein Staat in seiner Realität vom optimalen Begriff der Demokratie entfernt, desto leichter fällt *theoretisch* die Legitimation des Widerstandes und desto vielfältiger werden seine Formen. Aber je vielfältiger diese sind, desto kleiner die Chance ihrer *praktischen* politischen Legitimierbarkeit. Die theoretische Legitimationsbasis verhält sich umgekehrt proportional zur praktischen Legitimierbarkeit: Dort, wo der Widerstand am nötigsten wäre, ist er am wenigsten praktikabel; dort, wo er am ehesten praktiziert werden kann, ist er am wenigsten nötig.

Diese Feststellung führt zur letzten Frage, die ich stellen möchte: Wächst die allgemeine Pflicht zum Widerstand mit der zunehmenden Breite seiner Legitimationsbasis? Ist der Bürger in der Diktatur also eher und mehr zum politischen Widerstand verpflichtet als in der Demokratie?

Es könnte so scheinen — zumindest in der Optik von Demokraten. In Wahrheit aber müsste eine allgemeine Verpflichtung zum tätigen Widerstand in der Diktatur einer Verurteilung des Bürgers zum Opfer gleichkommen. In dem Mass, wie die Verfügungsgewalt des Staates total wird, kann es nur noch die allgemeine Pflicht geben, sich äußerlich nicht an verbrecherischen Akten zu beteiligen und inner-

lich nicht der Unterdrückung zuzustimmen — aber nicht eine Pflicht, politisch nichts zu tun. Das Unterstehen und Sichfügen bei innerer Distanz, also das, was man den inneren Widerstand genannt hat, muss moralisch dem erlaubt sein, der lieber auf die Chance des Überlebens setzt als auf den Versuch zur Veränderung — um den Preis des eigenen Lebens. Es gibt keine allgemeine Pflicht zum Heldenamt. Die Verpflichtung *aller* zum politischen Widerstand wächst mit der Abnahme des Preises und mit der Chance, Ziele verwirklichen zu können. Sie gilt nur in Systemen, in denen man, trotz allem, noch leidlich leben kann: *Der Ort der allgemeinen Pflicht zum politischen Widerstand ist die Demokratie.*

Balmberg-Tagung des solothurnischen Gewerkschaftskartells

Die Demokratie ist unser Ziel

Von Bundesrat Otto Stich

An der diesjährigen Balmberg-Tagung des Solothurner Gewerkschaftskartells sprach Bundesrat Otto Stich über aktuelle Probleme der Arbeiterbewegung und der Arbeitsorganisation. Weiter äussernte sich der Finanzminister auch zur Lage der Sozialdemokratischen Partei und zur Bundesratsbeteiligung. Die Rote Revue druckt seine Rede im Wortlaut ab. Titel und Zwischentitel stammen von der Redaktion.

Schon einige Male habe ich an der Balmberg-Tagung teilgenommen. Dieses Jahr bin ich besonders gerne gekommen, weil es mich freut, dass damit eine Tradition von Willi Ritschard weitergeführt wird. Man hat oft von Vermächtnissen von Willi Ritschard gesprochen.

Der Balmberg und die Balmberg-Tagung sind jedenfalls ein Vermächtnis, denn das Haus und die Tagung dienen der Weiterbildung — und gerade die Weiterbildung war wohl Willi Ritschards zentralstes Anliegen.

In einer Demokratie ist es notwendig, dass auch der Arbeitnehmer die Zusammenhänge sieht und er nicht abhängig wird von irgendwelchen Vordenkern und Meinungsmachern. Freundschaftliche Beziehungen können bei der Balmberg-Tagung gepflegt werden, aber darüber hinaus ist es wichtig, dass ein Gedankenaustausch stattfindet zwischen den sozialdemokratischen Vertretern im Bundesrat und den Gewerkschaften. Dies ist auch mein ganz besonderes Anliegen an dieser Zusammenkunft.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um einige meiner Gedanken zur Gewerkschaftsbewegung darzulegen und auch einige Probleme zu streifen, die im Zusammenhang mit Arbeit und beruflicher Tätigkeit im allgemeinen stehen.

Wir sind Zeugen einer bedeutenden Phase der industriellen Entwicklung. Es gibt sogar Leute, die von einer dritten industriellen Revolution sprechen. Der Einsatz von Computern in den Arbeitsablauf revolutioniert den Produktionsprozess und verändert dadurch auch die Arbeitsbedingungen. In manchen Industriezweigen haben Roboter ganze Produktionsabläufe übernommen, womit bedeutende Rationalisierungen erreicht wurden. Die Produktion konnte gesteigert werden wie nie zuvor.

Aber auch der Dienstleistungssektor ist von diesem Phänomen betroffen. Das hat zu einer neuen Situation auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Rationalisierung in der Industrie hat zu einem Verlust an Arbeitsplätzen geführt, der heute nicht mehr vom Dienstleistungssektor aufgefangen werden kann. Davon sind gewisse Bevölkerungsgruppen stärker betroffen als andere. Ich denke da zum Beispiel an die Jugendlichen, an die Frauen und an die Behinderten, die Mühe haben, Arbeit zu finden, weil das Angebot an Arbeitsplätzen kleiner geworden ist.

Die Zahl der Arbeitslosen in Europa ist heute enorm, die Lage ist ernst. Sicher ist in der Schweiz die Arbeitslosigkeit nicht so gross wie in den Nachbarstaaten, doch was nützt dieses Wissen dem, der direkt davon betroffen ist? Jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zuviel, und die Zukunftsaussichten sind nicht eben rosig, vor allem auf dem Uhren- und dem Maschinensektor. Zwar wird ein wirtschaftlicher Aufschwung angekündigt, es wäre jedoch völlig verfehlt zu glauben, dass damit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus der Welt geschafft sind.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage als Folge von Konjunkturschwankungen bringt noch keine strukturelle Verbesserung mit sich, und das ist das Hauptproblem. Es hapert nämlich bei den wirtschaftlichen Strukturen. Die Maschinenindustrie, um nur ein Beispiel zu nennen, hat ihren Umstrukturierungsprozess noch nicht abgeschlossen, was zu gefährlichen Engpässen führen könnte. Die Gewerkschaften sollen hier mithelfen, dass diese vermieden werden.

Neue Technologien

Im Dienstleistungssektor hat der Rationalisierungsprozess erst

richtig begonnen. Es ist heute noch schwierig vorauszusehen, in welche Richtung die Entwicklung gehen wird. Eine Revolution also auch im Büro, und nicht nur in der Industrie!

Angesichts dieser Situation muss der Kampf für die Vollbeschäftigung ein zentrales Anliegen unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit bleiben. Muss deshalb die Einführung neuer Technologien von der Arbeiterschaft bekämpft werden? Kann die Vollbeschäftigung nur erreicht werden, indem jegliche neue Technologie kategorisch abgelehnt wird?

Ich persönlich glaube das nicht, und das ginge auch ganz gegen die Tradition von Gewerkschaft und Arbeiterschaft. Die Arbeiter haben noch nie den technischen Fortschritt verhindern wollen, sondern haben vielmehr dafür gesorgt, dass der Fortschritt sich nicht negativ auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt hat.

Es ist unbestritten, dass die neuen Technologien Arbeitskräfte überflüssig machen. Andererseits öffnen sie der Arbeiterschaft neue Perspektiven. Die Produktivitätssteigerung bringt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, indem sie eine Arbeitszeitverkürzung erlaubt. Sie werden mir vielleicht entgegenhalten, dass wir diese Verbesserung noch nicht spüren. Das ist klar.

Im allgemeinen fliegen der Arbeiterschaft keine gebratenen Tauben in den Mund. Wir müssen für unsere Rechte kämpfen! Ich bin auch überzeugt, dass heute die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lebensqualität gut sind.

Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, den Einsatz neuer Technologien zu überwachen und Vorteile für die Arbeiter zu erringen. Ich weiss, das ist leichter gesagt als getan, doch ist das der einzige mögliche Weg. Es ist sinnlos, aber auch gefährlich,

den Fortschritt zu ignorieren. Wenn eine Umstrukturierung in einem Sektor stattfindet, der stark von der Krise betroffen ist, ist es doppelt wichtig, dass die Gewerkschaften darüber wachen, dass dies nicht auf Kosten der sozialen Bedingungen und Errungenschaften geschieht. Es gilt also, die erreichten Rechte nicht fahren zu lassen und neue soziale Rechte zu erringen, was nicht leicht ist.

Umdenken und Weiterbildung

Vielleicht gehört auch ein Umdenken dazu. In den Jahren des Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Arbeit oft als notwendiges Übel betrachtet. Die Themen Emanzipation, Selbstverwirklichung und Kreativität wurden eigentlich als Schlagworte in die Freizeit verbannt. Die wenig erfreuliche Arbeit wurde dann mit Konsum «belohnt»; soviel wie möglich konsumieren, um dabei frustrierende Arbeit zu vergessen. Doch es hat sich gezeigt, dass dieses allzu einfache Rezept nicht funktioniert. Auch die Vorstellung, dass mit der Zeit jegliche unangenehme Arbeit verschwinden werde, hat sich nicht erfüllt, und ich glaube, dass sie sich nie erfüllen wird. Deshalb müssen wir die Arbeit und unsere Einstellung dazu neu überdenken in dem Sinne, dass Kreativität auch am Arbeitsplatz gesucht und angestrebt werden soll. Ständige Weiterbildung ist notwendig und muss noch stärker ausgebaut werden. Das hat auch eine stimulierende Wirkung, und man findet eine zusätzliche Motivation für seine Tätigkeit. Ich glaube, dass die Gewerkschaften bei der Erwachsenenbildung eine überaus wichtige Aufgabe zu erfüllen haben.

Das Ergebnis dieser Betrachtungen ist offensichtlich: Will man, langfristig gesehen, die Lebensqualität verbessern, muss man

bei der Grundeinstellung zur Arbeit beginnen und beim Arbeitsverhältnis ganz allgemein. Damit möchte ich nicht behaupten, dass Arbeitsbedingungen und -klima bisher vernachlässigt wurden, doch kann man wohl sagen, dass andere Aufgaben im Vordergrund standen.

In den Anfängen der Arbeiterbewegung wurde vor allem dafür gekämpft, die Gesundheit der Arbeiter zu schützen; ich glaube, dass das gelungen ist mit bezahlten Ferien und gewissen Schutzmassnahmen. Dann standen auch materielle Forderungen im Mittelpunkt, denen man effektiv in Zeiten der Vollbeschäftigung und grosser Produktionskapazität nachgekommen ist. Der Jugend konnte eine bessere berufliche Ausbildung geboten werden. Schutz bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter sind bedeutende gewerkschaftliche Errungenschaften.

Andere Schwerpunkte setzen

Wenn wir heute andere Schwerpunkte setzen, ist das keineswegs ein Mangel an Respekt vor der geleisteten Arbeit unserer Väter, die zum Teil Armut und bittere Not am eigenen Leib erfahren hatten. Auch sie wussten, wie wichtig die Verbesserung der Arbeitsbedingungen war. Die ersten Diskussionen des Gewerkschaftsprogramms drehten sich hauptsächlich um dieses Thema, wenn auch nicht alle Forderungen erfüllt werden konnten.

Heute sind wir jedoch in einer Phase, in welcher diese Fragen wieder primäre Bedeutung erhalten. Dies hängt damit zusammen, dass man den menschlichen Seiten der Arbeit wieder mehr Bedeutung beimessen muss. Kann man Produktivität und humanitäre Überlegungen unter einen Hut bringen? Ich bin überzeugt, dass die Antwort im wesentlichen in einer Reform der Arbeitsbedingungen liegt.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss man an verschiedenen Punkten ansetzen. Ich möchte hier einige Beispiele nennen: Die *Arbeitszeitverkürzung* ist meiner Ansicht nach die hauptsächliche Forderung der Arbeiterschaft. Sie muss im Zusammenhang mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gesehen werden, aber sie rechtfertigt sich auch von der Konstellation der Arbeitsstruktur her. Mit der Produktivitätssteigerung, die dank neuer Technologien erreicht werden konnte, kann die Arbeitszeit verkürzt werden. Der Bundesrat geht in dieser Richtung mit seinem Vorschlag, die wöchentliche Arbeitszeit der Bundesbeamten auf 42 Stunden festzusetzen. In der Privatwirtschaft konnten einige Resultate dank hartnäckigen Verhandelns erreicht werden, was allerdings nicht bedeutet, dass die Arbeit der Gewerkschaften in dieser Beziehung abgeschlossen ist. Es wird weiterer Anstrengungen bedürfen.

Arbeitsklima, Freizeitarbeit und Arbeitsformen

Das Arbeitsklima ganz allgemein sollte auch verbessert werden, indem auch die Gefahren, die ein Arbeitsplatz in sich birgt, zum Verschwinden gebracht werden. Die Zahl der Unfälle ist immer noch zu hoch in der Schweiz. Hier sollten rasch Lösungen gefunden werden.

Wir sollten neu überdenken, was Arbeit überhaupt ist und welchen Stellenwert sie in unserem Leben einnimmt. Es werden neue Arbeitsformen gesucht, denen wir positiv gegenüberstehen sollten. Denken wir zum Beispiel an die Teilzeitarbeit. Ich habe mich in meiner Funktion als Finanzminister damit beschäftigt, weil das Personalwesen im Finanzdepartement beheimatet ist. Man muss Verständnis dafür haben, dass immer mehr Leute nicht mehr eine

Vollzeitbeschäftigung wollen, um zum Beispiel mehr Zeit für die Familie zu haben. Das betrifft Männer und Frauen jeden Alters, und ich betrachte dieses Suchen nach mehr Lebensqualität, die sich nicht auf materielle Güter beschränkt, als ausserordentlich gutes Zeichen. Ich sehe darin nämlich eine positive Einstellung zum Leben allgemein. Meiner Ansicht habe ich konkreten Ausdruck gegeben, indem ich vorgeschlagen habe, dass Personen, die keine ganze Stelle möchten, aber mindestens zu 50 Prozent arbeiten, auch Beamte werden oder bleiben können, sofern sie das wünschen. Selbstverständlich darf das gute Funktionieren des Amtes nicht in Frage gestellt werden. Auch hier muss miteinander gesprochen und verhandelt werden.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass diese Zersplitterung der traditionellen Vorstellungen in bezug auf die Arbeit zum Teil etwas heikle Fragen aufwirft. Die Gewerkschaften werden dadurch auch mit neuen Problemen konfrontiert, was aber keinesfalls dazu führen sollte, die neuen Arbeitsformen zu verurteilen. Die Ursachen dieser Veränderungen liegen in unserer Gesellschaft. An den Gewerkschaften ist es, dem Rechnung zu tragen und konstruktiv an die entsprechenden Verhandlungen heranzugehen.

Schliesslich glaube ich, dass eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch ein vermehrtes Recht auf Information und ein Mitspracherecht der Arbeiter beinhaltet. Die Arbeiter sind mündig.

Schwierige Lage der SP

Zum Schluss möchte ich noch betonen, dass die gewerkschaftlichen Forderungen kaum durchgesetzt werden können, wenn die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei nicht eng zusammenarbeiten.

Die Sozialdemokratische Partei befindet sich, ähnlich wie in anderen Ländern Europas, in einer etwas schwierigen Lage. Einerseits hat sie ihre Stärke bewiesen und kann derart beachtliche Erfolge verzeichnen, dass sie in der Politik massgebend mitsprechen kann. Das heisst auch Mitwirkung bei der Erarbeitung und Verwirklichung politischer Programme. Daraus erwächst aber auch eine grosse Verantwortung. Andererseits ist der Erfolg unserer Partei trotzdem nicht gross genug, um die Gesamtkonzeption ihrer Politik diskussionslos durchsetzen zu können. Diese reichlich zwiespältige Lage kann zeitweise zu einem Vertrauensverlust bei den Wählern und zu internen Spannungen führen. Trotzdem sehe ich keine gangbare Alternative innerhalb unseres politischen Systems. Wir dürfen natürlich nicht vergessen, dass die Anwesenheit von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten auf allen Ebenen und in allen Phasen des Entscheidungsprozesses eine Garantie für demokratisches Handeln ist. Wir müssen heute wichtige und zum Teil alarmierende Probleme lösen. Deshalb scheint es mir völlig unangemessen, die echte demokratische Tätigkeit mit innerparteilichen Manövern und taktischem Geplänkel zu lähmen. Das könnte katastrophale Auswirkungen haben, deshalb können wir uns auch nicht unserer Verantwortung entziehen.

Unsere Partei hat eine schwierige Zeit hinter sich. Die stürmischen Auseinandersetzungen rund um die Bundesratswahlen haben sie in ihrem Gefüge erschüttert. Zeitweise hat sich ein Abgrund vor uns aufgetan. Glücklicherweise haben wir heute diese Krise überstanden, und zwar dank unseres tief verwurzelten Demokratieverständnisses und weil wir auf solide, traditionelle und moralische Werte in

der Arbeiterbewegung zurückgreifen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, diesen Denkzettel sollten wir nicht vergessen. Ich habe die Wahl zum Bundesrat angenommen, weil ich einen tiefen Respekt vor der Demokratie und vor dem Entscheid des Parlamentes habe, weil es ja in demokratischer Art und Weise beauftragt worden ist, Beschlüsse im Namen des Schweizer Volkes zu treffen. Die Parteibasis hat dann ihre Übereinstimmung mit meinem Entschluss anlässlich des Parteikongresses im Februar zum Ausdruck gebracht. Das Prinzip der Regierungsbeteiligung als solches ist bestätigt worden, und gleichzeitig wurde den sozialdemokratischen Vertretern im Bundesrat das Vertrauen ausgesprochen.

Heute gilt es, die edlen und demokratischen Elemente dieses Beschlusses hervorzuheben, über alle — zum Teil gerecht fertigten — Enttäuschungen hinweg. Lasst uns jetzt nicht hadern mit der Vergangenheit. Kein anderer Kongress zeigte je ein so gutes und getreues Bild unserer Basis. Die Bekennung zur wahren Demokratie und die Tole-

ranz haben schliesslich den Sieg davongetragen.

Wir sind im Bundesrat geblieben, aber nicht einfach um die Sitze zu wärmen, sondern um unsere politischen Ziele durchzusetzen und zu verteidigen. Wenn wir uns an unsere eigenen Prioritäten halten, wenn wir zur wahren Identität unserer Partei stehen, wenn die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft intakt bleiben, wird es uns auch möglich sein, konkrete Ergebnisse zu erzielen und uns daran zu freuen.

Die Verwurzelung im Volk und in der Arbeiterschaft hat uns gelehrt und lehrt uns ständig wieder von neuem, dass politische Resultate auch an den praktischen Auswirkungen auf das tägliche Leben gemessen werden können. Dieses «Sichbewähren müssen» schiebt, glücklicherweise, Missbräuchen und extremistischen Lösungen einen Riegel. Wir müssen uns von der Idee der Freiheit und der Toleranz tragen lassen und auch unser Handeln danach richten. Unsere Politik soll sich auf Gerechtigkeit und Solidarität stützen. Die Demokratie muss unser höchstes Ziel bleiben.

Der Wald und das weibliche Prinzip

Essay von André Ratti

Der Wald stirbt immer noch. Wir wissen es alle, und trotzdem verschliessen wir die Augen davor. Zum mindesten ist dies die Meinung einiger Leute, die kürzlich in Ittingen zusammenkamen, um einmal mehr die Presse über den Wald zu orientieren. So äusserte sich dort der Freiburger Professor H. Steinlin

in diesem Sinne: Während die technischen Mittel, luftgefährdende Emissionen zu vermeiden, bekannt und technisch ausgereift seien, erweise sich der *psychologisch-politische* Sektor als weitaus problematischer. Zwar habe das Waldsterben ein grosses publizistisches Echo ausgelöst und eine Sensibilisie-